

Aufbrüche, Schwächen und neue Herausforderungen

Interview mit Ulrich Brand, Friederike Habermann, Martin Konecny und Werner Rätz zu den globalisierungskritischen Bewegungen

Ab den 90er-Jahren und vor allem nach der Jahrtausendwende standen die globalisierungskritischen Bewegungen eine Zeitlang im Fokus des öffentlichen und insbesondere des linken Interesses. Wie zuletzt im weltweiten politischen Aufbruch, der mit der Jahreszahl 1968 assoziiert wird, setzten sich erneut im Norden und im Süden, in den urbanen Zentren und ländlichen Räumen Menschen in Bewegung, diesmal um gegen die Auswirkungen des globalisierten Kapitalismus zu kämpfen, die in der weltweiten Durchsetzung des Neoliberalismus mit seinen Angriffen auf Lebensräume, soziale Zusammenhänge und erkämpfte Sicherungssysteme seinen Ausdruck fanden. Netzwerke wie Attac oder *Peoples' Global Action* (PGA) schienen in der Lage, diese Kämpfe zusammenzubringen. Allerdings waren wir in der Illa mitunter auch verblüfft, welche übersteigerten und naiven Hoffnungen viele Leute vor allem auf Attac projizierten. Doch dem großen Hype folgte relativ schnell die Ernüchterung. Die Netzwerke konnten die in sie gesetzten Erwartungen (natürlich) nicht erfüllen, ihre Mobilisierungsfähigkeit stagnierte. Dennoch sind sie bis heute aktiv. Wir haben vier Menschen, die alle eine längere Geschichte in globalisierungskritischen Zusammenhängen haben, eingeladen, schriftlich einige Fragen zur Geschichte, den Inhalten und der gegenwärtigen Lage dieser Bewegungen zu beantworten: Ulrich Brand (U.) und Martin Konecny (M.) in Wien, Friederike Habermann (F.) aus Hamburg und Werner Rätz (W.) aus Bonn.

In welchen Zusammenhängen der globalisierungskritischen Bewegung wart/seid ihr aktiv?

W.: Seit 1975 bin ich in der Illa aktiv. Nach einigen Versuchen unsererseits, während der 90er-Jahre eine Kampagne zu den internationalen Finanzinstitutionen aufzubauen, habe ich im Januar 2000 Attac-Deutschland mit gegründet.

M.: Ich bin im *Seattle to Brussels Network* (S2B) aktiv. S2B ist ein internationales Netzwerk von Nichtregierungsorganisationen, das gegen die neoliberale Handelspolitik und Investitionsagenda der EU und ihrer Mitgliedsstaaten arbeitet.

F.: 1996 folgte ich – wie auch Uli – der Einladung der Zapatistas zum „Intergalaktischen“, also dem „Ersten Interkontinentalen Treffen gegen den Neoliberalismus und für eine menschliche Gesellschaft“. Im Urwald von Chiapas trafen sich 3000 Menschen aus (fast) allen Teilen der Welt, die angezogen wurden von der zapatistischen Form einer radikal widerständigen Kraft. Mit ihren Sprüchen: „Wir müssen die Welt nicht erobern, es reicht, sie neu zu erschaffen. Durch uns. Heute“ oder: „Fragend gehen wir voran“ drückten sie aus, was bereits an vielen Plätzen gelebt wurde, so auch in meiner autonomen Bubble in Hamburg.

Im Anschluss ans Treffen blieb ich noch einige Wochen im Urwald, konkret in La Realidad. Zurück, engagierte ich mich in der hiesigen *Ya Basta*-Vernetzung und wir organisierten auf europäischer Ebene das Nachfolgetreffen, wieder mit 3000 Menschen, diesmal im Spanischen Staat. Im Anschluss daran blieben Vertreter*innen von Bewegungen noch eine Woche länger und folgten quasi dem Aufruf vom ersten Treffen, ein Netz der Widerständigkeiten zu knüpfen. Sie legten die Grundlage für *Peoples' (1) Global Action*. Diese mit einer weiteren Konferenz im Februar 1998 offiziell ins Leben gerufene Vernetzung wurde überwiegend von Basisbewegungen getragen, darunter insbesondere indigene und kleinbäuerliche Bewegungen.

U.: Auch meine globalisierungskritischen Aktivitäten waren eng mit dem Aufstand der Zapatistas in Chiapas verbunden. Im Herbst 1994 recherchierte ich für meine Diplomarbeit zum Nordamerikanischen Freihandelsabkommen in San Francisco und lernte Leute von einer Menschenrechtsgruppe kennen, die eine Delegation nach Chiapas organisierten. Daraufhin engagierte ich mich einige Jahre in Frankfurt/M. und bundesweit für Chiapas und den dortigen Aufstand, war, neben anderen mit Friederike, auch beim „Ersten Interkontinentalen Treffen“ im August 1996 in Chiapas dabei. Auch beim folgenden zweiten Treffen 1997 machte ich intensiv in den Vorbereitungen mit. Dazu war ich ab Mitte der 1990er-Jahre für etwa zehn Jahre in der deutschen Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) aktiv, in den Arbeitsgruppen zur Kritik des ganzen Nachhaltigkeitskrams damals und zum Thema Weltwirtschaft oder in der Vorbereitung der beiden Kongresse in Frankfurt/M. im Jahr 2002 und 2004 in Kassel. Ab 2002 koordinierte ich fünf Jahre lang den wissenschaftlichen Beirat von Attac. Dazu nahm ich an sechs oder sieben Weltsozialforen teil. „Aktiv“ hieß für mich neben organisatorischen Fragen bei Kongressen oder Arbeitsgruppen auch an Veranstaltungen teilzunehmen, zu schreiben, mich wissenschaftlich zu äußern.

Was machte die globalisierungskritischen Zusammenhänge zu Beginn der 2000er-Jahre so attraktiv?

M.: Auch wenn ich das aus biographischen Gründen nur als sehr junger Teenager mitbekommen habe, bestand die Attraktivität der Proteste darin, dass vor allem durch die Gipfelproteste die verschiedenen sozialen Bewegungen einen symbolischen Raum schaffen konnten, in dem der globale Kapitalismus herausgefordert werden konnte. Nach dem proklamierten Ende der Geschichte war das die Rückkehr der Handlungsfähigkeit in einer Situation, in der der nationale Rahmen an Bedeutung verloren hatte. F.: Ende 1999 war es in Seattle anlässlich der dritten Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation zur *Coming-out-Party* der Bewegung gekommen, wie Naomi Klein es ausdrückte: In dem Moment, wo sie die USA erreichte und dort auf eine sehr offene Aktivist*innenszene traf, was auch noch zur erfolgreichen Blockade der Konferenz führte und im Zuge dessen ein Aufbegehren von Ländern aus dem Globalen Süden deren Scheitern bewirkte, war sie nicht nur sichtbar, sondern auch sexy.

U.: Die kapitalistische Globalisierung wurde in internationalistischen Zusammenhängen schon sehr früh kritisiert. Ich denke an die BUKO-Kongresse, den Kongress gegen das Multilaterale Investitionsabkommen MAI im Jahr 1998, die Proteste gegen den G8-Gipfel in Köln 1999 und vieles andere mehr. Im Mai 1996 gab es zur Vorbereitung des Treffens in Chiapas einen Kongress in Berlin mit eintausend Teilnehmenden. Das war großartig in einer Zeit, als die TAZ noch ganz schüchtern „Neoliberalismus“ in Anführungszeichen geschrieben hat. Es war dieses verbreitete Unwohlsein an den machtförmigen Prozessen, die mit den Schuldenkrisen, den so genannten Strukturanpassungsprogrammen für Länder des Südens ihre brutalen und menschenverachtenden Vorläufer hatten. Dann kamen die Wirtschaftskrisen Ende der 1990er, beispielsweise in Südostasien und Brasilien.

Der Lack der „schönen neuen Welt“ nach dem Ende des Realsozialismus war rasch ab und das haben Menschen mit einer internationalistischen Perspektive am schnellsten verstanden. Die mächtigen wirtschaftlichen und politischen Akteure im Norden kontrollierten nach dem Fall der Mauer immer mehr die Welt. Globalisierungskritik war die zeitgemäße Form des Internationalismus.

Der Aufstieg Chinas und anderer Schwellenländer und auch ökologische Fragen, bei denen ich mich sehr engagierte, spielten in der globalisierungskritischen Bewegung anfangs kaum eine Rolle. Was der Bewegung beziehungsweise Teilen davon vielleicht auch Aufmerksamkeit verschaffte, war das Andocken an die damalige linksliberale Deutung der Globalisierung, dass diese nämlich

vor allem ein ökonomischer Prozess sei, der politisch wieder eingebettet werden müsse.
„Reguliert die Finanzmärkte!“ Ich fand das von Beginn an verkürzt, doch eine gewisse Zeit kam das öffentlich an und die Bewegung hat sich dann auch anderen Fragen, insbesondere der Kriegs- und Ökologithematik, zugewendet.

W.: Die 90er waren eine Phase des Zusammenbruchs gewesen. Wir hatten als Solibewegung zwar nichts mit der DDR und dem „real existierenden Sozialismus“ am Hut gehabt, aber das „Ende der Geschichte“ und der globale Sieg des Kapitalismus wurde auch uns zugerechnet. Viele Hundert Soligruppen gaben in dieser Zeit auf. Die Aktivitäten zum Weltwirtschafts- und EU-Gipfel 1999 in Köln blieben sehr klein, gespalten und gesellschaftlich isoliert.

Dabei war schon das *Ya basta* aus dem mexikanischen Urwald ein Weckruf gewesen und ab dem Ministertreffen der Welthandelsorganisation in Seattle im Dezember 1999 wurde der auch global gehört. Die Geschichte war zurück, der neue Anfang voller Schwung und Optimismus.

Was waren eurer Meinung nach die Gründe dafür, dass die Breite und Mobilisierungsfähigkeit der globalisierungskritischen Zusammenhänge vergleichsweise schnell wieder zurückgingen? Lag es schlicht daran, dass es kaum möglich ist, dauerhaft ein hohes Mobilisierungspotenzial aufrechtzuerhalten, oder gab es auch Fehler und Fehleinschätzungen der Bewegungen, die zu ihrem Bedeutungsverlust beigetragen haben?

M.: Meiner persönlichen Einschätzung nach haben Bewegungen zunächst immer Konjunkturen. Dazu kommt als externer Faktor sicherlich, dass die Bewegung recht bald vom *War on Terror* 9/11 überlagert wurde. Gleichzeitig ist es der Bewegung auch nicht gelungen, sich über Gipfelprotest und Sozialforen hinaus einen Rahmen zu schaffen.

W.: Selbstverständlich gibt es Mobilisierungszyklen mit auf und ab und die hat auch die globalisierungskritische Bewegung erlebt, wobei man hinzufügen muss, dass in Deutschland die Mobilisierungsfähigkeit immer schwach war. Weder Attac noch PGA noch die älteren Teile der Bewegung wie der „Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen“, später „Bundekoordination Internationalismus“ (BUKO) haben in den 2000er-Jahren nennenswerte Zahlen von Menschen auf die Straße gebracht.

Ausnahme war allein der G-8-Gipfel in Heiligendamm 2007, was aber besonderen Bedingungen geschuldet war. Die betreffen zum einen die Internationalität des Ereignisses, zum andern aber auch die politischen Rahmenbedingungen, denn da ging es wieder gegen eine CDU-geführte Bundesregierung. Schon 1999 hatten die Hoffnungen, die mit SPD/Grünen verbunden waren, bis weit in den Kern der kritischen Gruppen hinein gewirkt.

Attac Deutschland hatte ja, dabei massiv von der illa angetrieben, die soziale Lage zu einem wesentlichen Mobilisierungsthema gemacht. Die Privatisierung großer Teile der Altersvorsorge und des Gesundheitswesens sowie die Arbeitsmarktreformen mit den Hartz-Gesetzen gaben dem inhaltlich Recht. Unsere Einschätzung war richtig gewesen, dass man in den Sozialabbaumaßnahmen in Chile Anfang der 80er-Jahre die Vorlage für das sehen konnte, was in Europa bevorstand und was Rot-Grün dabei war, durchzusetzen. Auf der Straße drückte sich das aber nicht aus. Die Wählerschaft vor allem der SPD konnte oder wollte nicht glauben, was da passierte. Auch die Erfahrung, dass die aus der Friedensbewegung hervorgegangene Partei der Grünen nun zum ersten Mal nach dem 2. Weltkrieg wieder deutsche Soldaten mitten in Europa in den Krieg schickte, lähmte deren Anhänger*innen eher, als es sie mobilisierte. Das alles hatten wir massiv unterschätzt.

U.: In der Tat waren die Proteste gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm im Jahr 2007 so eine Art Endpunkt der ersten Phase der globalisierungskritischen Bewegung. Zum einen war da die Wirtschaftskrise ab 2008, bei der sich die Agenda verschob, eine Art Re-Europäisierung und Re-Nationalisierung der Krisenpolitik, die es internationalistischen Anliegen schwer machte. Und auch die inzwischen gut entwickelte ökologische Agenda der Bewegung, denken wir an mehrere McPlanet-Kongresse zwischen 2003 und 2012 in Berlin, ging unter. Zurück zum Kerngeschäft der kapitalistischen Krisenpolitik, das war die Agenda der Herrschenden. Heute müssten wir genauer diskutieren, ob nicht die enorme Prominenz des Klimathemas internationalistische Perspektiven schwächt. Da müsste ich länger drüber nachdenken.

Doch auch in der Krise vor zehn Jahren gab es eine partielle Mobilisierungsfähigkeit der Bewegung; ich denke etwa an den riesigen Kapitalismuskongress 2009 in Berlin. Da wurde schon eine Schwäche deutlich, die wir damals viel diskutierten: Warum gelingt kein relevanter Eingriff in die gesellschaftlichen Machtverhältnisse? Warum wird die globalisierungskritische Agenda kaum von Parteien, Gewerkschaften oder Verbänden übernommen? Das hat die Relevanz in den Medien und für Menschen, die nach Möglichkeiten für eigenes Engagement suchen, doch geschwächt. Meinem Eindruck nach hat Attac Österreich übrigens die Frage der Verstetigung und das Schaffen niedrigschwelliger Möglichkeiten für Engagement eher hinbekommen als Attac Deutschland. Ob es strategische Fehleinschätzungen gab, kann ich schlecht beurteilen. Im wissenschaftlichen Beirat von Attac Deutschland oder auch auf den Weltsozialforen haben wir uns um Einschätzungen bemüht. Außerdem würde ich noch einen anderen Punkt nennen. Globalisierungskritik im Sinne einer Kritik an der neoliberalen Globalisierung wurde auch breiter und von anderen aufgenommen. Nicht nur von rechts, sondern auch im progressiven Spektrum. Auch wenn institutionell und im Hinblick auf die Machtverhältnisse neoliberale Politiken zumindest bis zur Corona-Krise weiterhin dominierten, gibt es doch auch seit einigen Jahren vermehrt andere und hörbare Stimmen in den Gewerkschaften, in Teilen der Sozialdemokratie und bei den Grünen, bei Umwelt- und Sozialverbänden etwa. Wir sollten meines Erachtens die globalisierungskritische Bewegung nicht auf ihre Mobilisierungsfähigkeit bei Demos reduzieren.

F.: Die Sichtbarkeit erstreckte sich nicht auf die Bewegungen im Globalen Süden, obwohl von hier aus die ersten Vernetzungen ausgegangen waren, einschließlich den weltweit koordinierten Protesten während der zweiten Konferenz der Welthandelsorganisation (WTO) in Genf im Mai 1998. Während, inspiriert durch Seattle, mit dem IWF/Weltbank-Gipfel in Prag im Herbst 2000 die Globalisierungsbewegung nun auch in Europa sichtbar auftrat, beschlossen zeitgleich die Delegierten von PGA, sich vom Gipfel‘hopping‘ ab- und langfristigeren Kampagnen zuzuwenden.

Die Globalisierungsbewegung hatte sich zugleich aber verselbständigt. Wo immer es sich anbot, entstanden lokale Proteste. Das wiederum wurde abrupt beendet durch die Repression in Göteborg und Genua sowie den 11. September. Zum einen erst Schüsse und unglaubliche lange Haftstrafen beim EU-Gipfel in Göteborg, dann die Brutalität während des G8-Gipfels in Genua. Nicht nur wurde Carlo Giuliani erschossen, sondern auch in der „chilenischen Nacht“ Schlafende fast tot geprügelt. Selbst in den Krankenhäusern und Gefängnissen hörte die Gewalt nicht auf. Das hat bei vielen zu heftigen Traumatisierungen geführt. Zum anderen der beginnende „Krieg gegen den Terror“, der als kleiner Vorgeschmack schon ganz konkrete repressive Auswirkungen auch auf die direkt im Anschluss geplante und in Cochabamba stattfindende dritte internationale Konferenz von PGA hatte.

Ein wichtiges Moment des Selbstverständnisses der globalisierungskritischen Zusammenhänge war ihre Internationalität. Sowohl Attac als auch PGA waren/sind internationale Bewegungen. Aber waren das mehr als Bekenntnisse? Gab es tatsächlich eine kontinuierliche internationale Kooperation und

Abstimmung bezüglich der Arbeitsschwerpunkte und Kampagnen? Sicher kann man sich leicht international auf Ziele wie etwa den Stopp der Privatisierungen öffentlicher Daseinsvorsorge verständigen. Aber die öffentlichen Renten- oder Gesundheitssysteme waren und sind in den verschiedenen Ländern sehr unterschiedlich organisiert, und auch die konkreten Angriffe zu deren Abbau beziehungsweise Zerschlagung liefen überall anders und auch zu verschiedenen Zeitpunkten ab, weshalb auch die Kämpfe um deren Verteidigung ganz unterschiedlich ablaufen mussten/müssen.

F.: Was nach Genua kam, waren nationale Wiederholungen der anfangs durchaus international geplanten Gipfelproteste. Attac wurde gerade aufgrund der Brutalität in Genua groß, weil viele Menschen in Deutschland, die vorher gar nicht aktiv gewesen waren, nach Genua dort Mitglied wurden. Doch dass Attac dann zum Beispiel die Rentenfrage in Deutschland so zentral machte, mag für hier durchaus Sinn ergeben haben, hat zur Sichtbarkeit der Situation von Fischer*innen aus den Philippinen oder Dienstmädchen aus Ecuador aber nicht beigetragen. Darüber hinaus hat es in der gesamten Zeit natürlich auch das Problem der Zusammenarbeit gegeben, denn zum Beispiel die Adivasi aus Indien waren auf Konferenzen vertreten und auf Rundreisen, lebten aber eine Tagesreise entfernt von einem Internet und sprachen neben ihrer eigenen Sprache vielleicht noch Mayalayam für den Bundesstaat und Hindi als nationale Sprache, aber nicht Englisch. Die Organisierung, welche ja übrigens ohne Löhne funktionierte, sondern nur als reines Commoning, war also weit entfernt von einer perfekten konsensualen Abstimmung in Detailfragen, das stimmt. Aber es wurde ernsthaft versucht, aufeinander zu hören. Praktiken wie nach Identitätskategorien durchmischte Redelisten und auch die heute oft üblichen Redezeichen haben wir von Anfang an benutzt.

W.: Die reale Mobilisierung war tatsächlich global, der Internationalismus der Bewegungen weniger Programm, wie es bei der Arbeiterbewegung der Fall gewesen war, und weit mehr Realität. Aber große Mobilisierungen entwickelten sich kaum entlang inhaltlicher Forderungen, sondern eher an äußeren Anlässen wie Gipfeltreffen oder Weltwirtschaftsforen.

Die genannten inhaltlichen Gemeinsamkeiten führten nicht zu gemeinsamen Schwerpunkten. Das gilt nicht nur zwischen den Organisationen, sondern zumindest für Attac auch innerhalb des Netzwerkes. Die nationalen Verbände sind nur sehr lose miteinander vernetzt und der wichtigste Zweig, der französische, teilte die deutsche Konzentration auf die soziale Frage nie. In Italien und Spanien spielten ganz andere Akteure in der Bewegung eine führende Rolle, die noch andere Orientierungen hatten. In Großbritannien wie auch global in der englischsprachigen Welt war Attac praktisch nicht präsent. In Schweden wurde ein starkes Attac mit der Militanz Erfahrung des EU-Gipfels von Göteborg im Juni 2001 nicht fertig.

Diese Widrigkeiten waren nicht unvorhersehbar und auch nicht unüberwindbar, aber die real vorhandenen Kräfte und Gemeinsamkeiten reichten nicht aus, um mögliche Lösungen zu finden. Auch die bald entstehenden Sozialforen brachten zwar viele Aktivist*innen in realen Kontakt und fruchtbaren Austausch, führten aber nicht zu gemeinsamen Organisationsprozessen.

In puncto des Sozialabbaus in der EU kommt dazu, dass die Kommission und der Rat das extrem gut koordiniert haben. Beim Gipfel in Lissabon im März 2000 hatte man sich auf die Privatisierung von Gesundheits- und Altersversorgung sowie die Deregulierung der Arbeitsmärkte verständigt. Die Kommission hat diese „Strategie von Lissabon“ permanent mit konkreten Handlungsvorschlägen begleitet, die die Ungleichzeitigkeit der Maßnahmen sicherstellten: Land A, B und C privatisieren jetzt im Gesundheitswesen, Land D, E und F schaffen den Kündigungsschutz ab, Land H, I und J erhöhen das Renteneintrittsalter und so weiter. Dem hatten nicht einmal die Gewerkschaften etwas entgegenzusetzen.

U.: Bei Attac gab es mal die Diagnose, dass entgegen der eigenen Programmatik das Netzwerk vor allem für Kompetenz und Kampagnen in sozialen Fragen und diese innerhalb von Deutschland wahrgenommen wurden. Das hat mich sehr nachdenklich gemacht, ob eben nicht Öffentlichkeit und staatliche Politik strukturell stark am nationalstaatlichen Rahmen hängen. Doch zu den Bewegungen. Der Anspruch war natürlich ein internationalistischer und das hat zwei Dimensionen. Zum einen geht es darum, bei der Vielfalt der politischen Themen die internationale Dimension mitzudenken, bei Lebensmittel- und Ernährungsfragen, in der Verkehrspolitik oder bei anderen Themen. Wo kommen die Ressourcen her, welche ausbeuterischen Arbeitsbedingungen gibt es woanders, welchen Anteil haben Freihandelspolitiken oder europäische Konzerne? Die zweite Dimension ist die bereits angesprochene internationale Kooperation. Das ist halt schwierig. Ich habe früh argumentiert, dass es dafür organisatorischer „Infrastrukturen“ sowie personeller und materieller Ressourcen bedarf. Wer kann reisen, wer spricht Englisch, Spanisch und andere Sprachen? Das leisten eher NRO, Stiftungen, Verbände. Doch im Verlauf der Jahre haben wir eine wichtige Erfahrung gemacht. Der Austausch läuft nicht allgemein zu globalisierungskritischen Themen, sondern zu Fachthemen: Ernährungssouveränität, Widerstand gegen Bergbau oder Wasserprivatisierung, feministische oder indigene Kämpfe, gewerkschaftliche Rechte und viele andere. Da spielte auch die Musik auf den Weltsozialforen, in den fachlich-politischen Diskussionen und Netzwerken, weniger in den ganz großen Foren mit prominenten Sprecher*innen, die eine andere Funktion hatten.

M.: Für S2B ist die Internationalität bis heute gelebte Realität. S2B zeigt, dass es möglich ist, im internationalen/europäischen Rahmen gemeinsam effektiv Politik zu machen. Dabei geht es weniger um einen abstrakten Europäismus oder Internationalismus, sondern um eine koordinierte Ausnützung von unterschiedlichen Handlungsfeldern, sei es national, regional oder europäisch. Wir lernen dabei voneinander und verstärken unsere Initiativen gegenseitig, wobei es einfacher scheint, das zu tun, wenn man „gegen“ statt „für“ Dinge kämpft.

Einige Leute aus den globalisierungskritischen Zusammenhängen in Deutschland und Österreich haben sich bei den Grünen und bei den Linken engagiert, manche wurden auch in Parlamente gewählt. Hat das die Bewegung eher geschwächt, weil aktive Leute abgezogen wurden, oder hat es sie gestärkt, weil es neue politische Möglichkeiten eröffnet hat?

M. Für Österreich hat die Beziehung zu den Grünen lange eher Möglichkeiten eröffnet. Dieses Verhältnis scheint sich aber nun zu wandeln, da sie in der Regierung sind. Die Staatsapparate wiegen scheinbar schwerer als die Beziehungen zu den Bewegungen.

F.: Das betrifft nicht meine Szene und ich kann es ganz ernsthaft nicht beurteilen.

W.: Wenn Basisaktivist*innen Parteipolitik machen, verliert der Aktivismus immer etwas. Wenn dabei gleichzeitig in die parlamentarische Politik Bewegung kommt, dann könnte auch etwas zurückkommen. Das war aber nicht so.

U.: Ich denke nicht, dass dadurch Bewegungen geschwächt werden. Eine Bewegung bleibt stark, wenn sich immer neue, vor allem junge Menschen mobilisieren, nicht weil sich prominente Gesichter oder ein Bundesbüro coole Kampagnen ausdenkt. Kampagnen sind wichtig, in der Öffentlichkeit auftretende Bewegungspromis auch, das sehen wir gerade bei den *Fridays for Future*. Aber die sind auch immer nur so stark, wie es Mobilisierungsdynamik gibt. In den organisierten Teilen der globalisierungskritischen Bewegung in Deutschland war ja besonders deutlich, dass das immer weniger gelingt. In der wahrgenommenen oder realen Schwäche kommt es dann tendenziell eher zu politischer Rechthaberei und Spaltungen.

Andererseits halte ich die Übersetzung ins politische System für wichtig. Die Frage bleibt dann, ob die Menschen in Parlamenten, Staatsapparaten oder Verbänden den Kontakt zu den Bewegungen und den dortigen Inhalten weiterführen und sie Inspiration und Kritik organisieren oder ob sie sich als linke Politprofis verstehen, die eigentlich besser wissen, was zu tun ist. Aber auch das hängt damit zusammen, ob es eine Bewegungsdynamik gibt. Aktuell liegt die eher bei den Bewegungen für Klimagerechtigkeit.

Ihr und eine ganze Reihe anderer Leute seid/sind bis heute mehr oder weniger stark in globalisierungskritischen Zusammenhängen aktiv. Warum dringt von diesen Aktivitäten relativ wenig an die kritische Öffentlichkeit? Liegt es daran, dass die Zusammenhänge heute so schwach sind, oder sind sie zu spezialisiert oder gibt es einfach ein Desinteresse der kritischen Öffentlichkeit, die sich heute anderen Themen und Bewegungen wie zum Beispiel Fridays for Future zugewendet hat?

W.: Von allem etwas. Attac ist zwar jahrelang gewachsen, aber hat keine neuen Aktivist*innen angezogen und von den selbst „ausgebildeten“ viele in Broterwerbsjobs bei NRO und Parteien verloren. Die Themen, an denen die neoliberalen Angriffe laufen, sind so vielfältig, dass man keinem die nötige Kraft widmen kann. Und das überbordende Interesse nach Genua 2001 war weg, als wir keine unmittelbaren Erfolge durchsetzen konnten. Insbesondere die moderne („soziale“) Medienwelt ist da viel schnelllebiger als die Kampfzyklen.

F.: Offen gestanden sehe ich solche Zusammenhänge heute eigentlich gar nicht – und schon gar nicht als radikal emanzipatorische Vernetzung weltweiter, oft marginalisierter Kräfte, wie es *Peoples Global Action* war. Sicher sind Attac oder *Fridays for Future* internationale Netzwerke, aber das weniger als Netz bestehender Widerständigkeiten, sondern als Verbindungen zu einzelnen Themen. Schon lange träume ich davon, dass es so etwas wie PGA wieder gibt, und diesmal stärker betonend, was wir wollen. Dass ich damals gelernt habe, was Commons sind, dass wir die ganze Zeit Commoning betrieben haben, ist mir erst volle zehn Jahre später aufgefallen. Wenn wir Commons als Weg zu einer anderen Welt stark machen, dann können wir dies nicht nur mit den Kämpfen ums Klima von heute verbinden (denn innerhalb der Marktwirtschaft lässt sich die Mitwelt nicht schützen), sondern auch bei den jeweiligen Bedürfnissen der jeweiligen Menschen vor Ort nach einer „anderen Welt“ ansetzen. Denn, wie es die Gruppe „Revolte Springen“ ausdrückte: Gegen etwas zu kämpfen heißt auch, für etwas zu leben.

M.: Für mein eigenes Arbeitsfeld kann ich sagen, dass es natürlich sehr spezialisiert ist. Mit TTIP und CETA und zum Teil EU-Mercosur ist es gelungen, die Wahrnehmungsschwelle zu durchbrechen und auch auf der Straße zu mobilisieren.

Die Klimagerechtigkeitsbewegung stellt viele der Fragen der globalisierungskritischen Bewegung in einen neuen Rahmen. Für die Veteran*innen der letzteren geht es daher, denke ich, vor allem darum, ihre Inhalte in diesem neuen Rahmen relevant zu machen und unter dem Gesichtspunkt der Dringlichkeit der Klimakrise zu aktualisieren.

U.: Die Frage betrifft auch den Punkt, was wir unter Globalisierungskritik verstehen. Wir sollten nicht den Fehler begehen, Seattle 1999 oder die Gründungen von Attac in vielen Ländern zu „der“ Globalisierungskritik zu stilisieren, die bis heute der Kern ist. Wie gesagt, ich finde schon, dass die Kritik an der neoliberalen Globalisierung präsent ist, eben von anderen formuliert wird. Und gerade die Corona-Krise hat das verstärkt. Und auch die Bewegungen für Klimagerechtigkeit haben durchaus sehr internationalistische Perspektiven.

Aber zwei Aspekte der emanzipatorischen globalisierungskritischen Bewegung, wie sie eben mit den Zapatistas oder später mit Seattle und Attac begann, halte ich weiterhin für wichtig. Nämlich zum einen auch bei den sich zuspitzenden Krisen an einem umfassenden Projekt der Emanzipation festzuhalten. Leider ist das heute zugegebenermaßen sehr schwierig, wenn wir uns die Diskussionen ansehen, dass „uns noch zehn Jahre zum Umsteuern“ gegen die Klimakatastrophe bleiben. Aber das Gute Leben für alle ist ein wichtiger Einsatzpunkt gegen die Schaffung von grünen Wohlstandsinseln, auf denen die schlimmsten ökologischen Verwüstungen noch eher abgefedert werden, bei weiterer Ausbeutung der Welt. Zweitens ist meines Erachtens zentral, eine Kritik der vielfältigen Mechanismen von Macht und Herrschaft, die sich immer weiter erneuern, stets zu implizieren – denken wir an die Digitalisierung oder an die Corona-Politiken. Es benötigt einen sich immer wieder aktualisierenden Internationalismus „auf der Höhe der Zeit“. So verstehe ich auch meine eigenen Beiträge zum Themenfeld der „imperialen Lebensweise“ und einer notwendigen „solidarischen Lebensweise“, dass internationalistische Politik heute etwa einen radikalen Umbau der Produktions- und Lebensweise hierzulande und das möglichst rasch bedeutet. Das bedeutet, in Zeiten zunehmender sozialer Polarisierung die Reichtumsfrage zu stellen, etwa Vermögens- und Erbschaftssteuern für die materiell sehr Wohlhabenden, damit sie zu diesem Umbau beitragen und die Spaltung innerhalb der Gesellschaften und international abnimmt. Da können aktuell dynamische Bewegungen lernen und hier geht es um Erfahrungsweitergaben, nicht im Sinne von: „Hey ihr Jungen, wir haben das schon mal alles erlebt“, sondern als gut organisierte Dialoge auf Augenhöhe.

Ulrich Brand, Friederike Habermann, Martin Konecny und Werner Rätz haben die Fragen von Gert Eisenbürger schriftlich beantwortet.

(1) Dass ich Peoples Global Action falsch schreibe, indem ich das Apostroph weglasse (richtig wäre: Peoples'), eröffnet allerdings die Möglichkeit, es ebenso gut als falsch geschriebenes People's zu lesen: Globales Aktionsnetzwerk der Menschen.